



INFORMATION NACH ART. 13 UND 14 DATENSCHUTZGRUNDVERORDNUNG (DS-GVO)

1. Bezeichnung der Verarbeitungstätigkeit:

Kindertagesstätten, Kindertagespflege

2. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen:

Kreisverwaltung Bad Kreuznach
Salinenstr. 47
55543 Bad Kreuznach
post@kreis-badkreuznach.de
0671/803-0

3. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:

Behördlicher Datenschutzbeauftragter
Salinenstr. 47
55543 Bad Kreuznach
datenschutzbeauftragter@kreis-badkreuznach.de
0671/803-0

4. Zweck der Verarbeitung:

Bearbeiten von Anträgen auf Kindertagespflege und im Bereich Kindertagesstätten einschließlich Kostenbeteiligungen, Vermittlung von Kita-Plätzen und Pflegepersonen, Ausstellen von Pflegeerlaubnissen.

5. Rechtsgrundlage(n) der Verarbeitung:

§§ 22 – 25, § 43, § 47 und § 90 Sozialgesetzbuch Achter Teil (SGB VIII), §§ 61 ff. Sozialgesetzbuch Zehnter Teil (SGB X) und § 14 Kindertagesstättengesetz Rheinland-Pfalz. Für alle personenbezogene Daten in der Jugendhilfe gelten zusätzlich: Art. 1 Abs. 1 i. V. m. Art. 2 Abs. 1 GG, Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e) i. V. m. Abs. 2, Abs. 3 Buchstabe b) DSGVO-EU i. V. m. §§ 35 u. 37 S. 2 SGB I, § 97a und § 98 SGB VIII, - außerdem §§ 61-65 SGB VIII. Weitere Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung Ihrer Daten können z.B. sein: das Einkommensteuergesetz, die Abgabenordnung, das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) und das Landesdatenschutzgesetz (LDSG) Rheinland-Pfalz.

6. Betroffene Personen:

Minderjährige, Sorgeberechtigte, der andere Elternteil, Familienangehörige, Haushaltsangehörige, Pflegepersonen, sonst. Erziehungsberechtigte.

7. Betroffene Daten/Datenkategorien:

Damit die vorgenannten Leistungen und Aufgaben nach den gesetzlichen Bestimmungen gewährt werden können, erheben wir von Ihnen alle erforderlichen personenbezogenen Daten:



Zur persönlichen Situation: Name, Vorname, Geburtsname, Geburtsdatum, Geburtsort, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Anschrift, Aufenthaltsort, Aufenthaltsstatus, Migrationshintergrund, vorherige Wohnsitze, Familienstand, Angaben zu Eltern, Stiefeltern, Pflegeeltern, Geschwister, Haushaltsangehörige, Sorgerechtsregelung, Telefonnummer, E-Mail-Adresse u. a.

Zur finanziellen Situation: Angaben zum Arbeitgeber, zu Ausbildung, Studium, Angaben und Nachweise zum Einkommen und zu Sozialleistungen, Kindergeld, Unterhalt, Unterhaltspflicht, Steuerbescheide, Sozialversicherungsdaten, Bankverbindung, Nachweis über Schwerbehinderung, Nachweise über Kosten der Unterkunft, Nebenkosten, Versicherungen u.a. –

Hinweis: besonders sensible Daten (z. B. wie Gesundheitsdaten, Daten zur sexuellen Orientierung, religiöse Überzeugung, u.a.) werden nur erhoben, soweit sie für den Verarbeitungsprozess notwendig sind und dürfen nur mit Ihrer ausdrücklichen Einwilligung verarbeitet werden (Art 9 DSGVO).

8. Empfänger der Daten bzw. Kategorien von Empfängern:

Wir geben Ihre Daten nur weiter, sofern es für die Einleitung und Durchführung einer Hilfe bzw. für die Erledigung anderer Aufgaben der Jugendhilfe (z. B. Erteilung einer Pflegeerlaubnis) notwendig ist oder wenn wir aufgrund eines gesetzlichen Auftrags dazu verpflichtet sind. Unterliegen Daten der Schweigepflicht, dürfen diese nur unter den gesetzlichen Voraussetzungen der §§ 203 Strafgesetzbuch (StGB), 65 SGB VIII übermittelt werden.

Hat das Jugendamt Daten für unterschiedliche Aufgaben erhoben, darf es diese nur zusammenführen, wenn und solange dies wegen eines unmittelbaren Sachzusammenhangs erforderlich ist.

Die Daten an andere Abteilungen werden dann weitergeleitet, wenn es für die Sachbearbeitung notwendig ist (z. B. Finanzabteilung (Auszahlung bewilligter Mittel, Kostenheranziehung), Kreisrechtsausschuss (Einlegung Rechtsbehelf)).

Die Weitergabe an Dritte erfolgt nur, soweit dies für die gesetzliche Aufgabenerfüllung erforderlich ist oder wir gesetzlich hierzu verpflichtet sind (z. B. Kindertagesstätten, Kindertagespflegepersonen, Rentenversicherungsträger, Gerichte etc.).

9. Übermittlung an Drittland:

entfällt

10. Dauer der Speicherung:

Die Dauer der Speicherung richtet sich nach den gesetzlichen Aufbewahrungsfristen. (Hilfs- und Beratungsunterlagen 1 Jahr, Buchhaltungsdaten/Statistik 4 Jahre, Sachbearbeitung/Qualifizierungsnachweise 10 Jahre, Bauakten 30 Jahre).

11. Betroffenenrechte:

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutzgrundverordnung insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf Auskunft über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO)



- Recht auf Berichtigung, soweit sie betreffende Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DS-GVO).
- Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DS-GVO zutrifft. Art. 17 Abs. 3 DS-GVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, insbesondere soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit, wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt, wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt werden und deshalb nicht gelöscht werden können, oder wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 Abs. 1 noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Art. 18 DS-GVO).
- Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DS-GVO) dient.

12. Beschwerderecht (Art. 13 Abs. 2 lit. d DS-GVO):

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.